



Brigitte Zypries

Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin beim
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt

Telefon 06151 3605078

Fax 06151 3605080

E-Mail: brigitte.zypries@wk.bundestag.de

Darmstadt, 19. Juni 2014

Brigitte Zypries befürwortet Flüchtlingsaufnahme

Auch 2014 bestimmen bewaffnete Auseinandersetzung, Bürgerkrieg, Vertreibung und Flucht den Alltag vieler Millionen Menschen. Allein in Syrien geht das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) von über zwei Millionen Flüchtlingen und vier Millionen Binnenvertriebenen seit 2011 aus. Um auf diese Schicksale hinzuweisen wurde auf Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) der 20. Juni zum offiziellen Weltflüchtlingstag. Er bietet Anlass sich der grausamen und schrecklichen Einzelschicksale zu besinnen, die hinter diesen Zahlen stehen. Flucht führt häufig zu zerrissenen Familien, veränderter Schulbildung und macht vor allem Kinder und Jugendliche zu Opfern von Vernachlässigung, sexuellem Missbrauch und anderer Gewalt.

„Menschen in solcher Not zu helfen ist die Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft“, betont die Darmstädter SPD-Bundestagsabgeordnete Brigitte Zypries und begrüßt in diesem Zusammenhang den Beschluss der Innenministerkonferenz, weitere 10.000 Flüchtlinge aus Syrien in Deutschland aufzunehmen.

In Darmstadt und im Landkreis Darmstadt-Dieburg leben zurzeit zirka 2.170 Flüchtlinge, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die Zahl der Antragssteller ist aufsteigend. Die Kommunen sind stets bemüht, die Lage der Flüchtlinge zu verbessern – obwohl gerade die räumliche Situation in unserer Region schwierig ist. Als besonders vorbildlich sieht Brigitte Zypries das Engagement ehrenamtlicher Helfer an, die zum Beispiel Betreuung, Deutschunterricht oder Fahrradspenden für die Flüchtlinge organisieren. „Es freut mich sehr, dass in meinem Wahlkreis Bürgerinnen und Bürger aufgeschlossen und hilfsbereit auf die Flüchtlinge zugehen und so ein Beispiel für gelebte Solidarität sind“, unterstreicht Zypries.

Nachholbedarf sieht Zypries in der Frage der Dauer der Asylverfahren. „Die Asyl-Anerkennung gestaltet sich zu langwierig. Die Große Koalition hat sich das Ziel gesetzt, durch zusätzliche Mitarbeiter die Verfahren auf drei Monate zu verkürzen. Dafür werden wir im Haushalt 2014 Stellen bereitstellen“, merkt Zypries an.

Pressemitteilung